

In einem Jahr wird ganz Deutschland in unserer Hand sein!

Vor 80 Jahren wurde die erste freie deutsche Gewerkschaftsbewegung liquidiert.

Am 2. Mai 1933 stürmten Kommandos von SA und SS unter Duldung der Polizei die Häuser der freien Gewerkschaften. Das Eigentum der Gewerkschaften wurde konfisziert, Druckmaterialien beschlagnahmt und verbrannt. Unzählige Gewerkschaftsfunktionäre wurden in „Schutzhaft“ genommen, viele misshandelt. In Duisburg wurden vier Gewerkschafter ermordet. Zahllose andere sollten folgen. Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften ist verknüpft mit dem Schicksal tausender Kolleginnen und Kollegen, die sich dem Nazi-Terror nicht beugten und heldenhaft dagegen kämpften. Doch 1933 verlief die Zerschlagung der freien Gewerkschaften ohne nennenswerten Widerstand. Wie konnte es zu dieser kampflosen Kapitulation kommen?

Aus dem Tagebuch des Josef Goebbels:

"Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. (...) Sind die Gewerkschaften erst in unserer Hand, dann werden sich auch die anderen Parteien und Organisationen nicht mehr lange halten können (...) In einem Jahr wird ganz Deutschland in unserer Hand sein."

Die Arbeiterbewegung war 1933 tief gespalten in Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese Spaltung und das Fehlen einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung verhinderten das gemeinsame Vorgehen gegen den Faschismus. Zu spät, erst im KZ Osthofen, erkannte z.Bsp. Fritz Gerlach, Sozialdemokrat und Mitglied im Deutschen Holzarbeiterverband, an seinen Gießener Kollegen, den Kommunisten und Gewerkschafter, Walter Deeg, gewandt: »Jetzt sitzen wir gemeinsam hier, der Sozialdemokrat und der Kommunist. Die Einheitsfront haben die Nazis hergestellt, nicht wir«.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) hatte gehofft, durch Anpassung die gewerkschaftliche Opposition vor der Zerschlagung zu retten. Hitler – so erwartete man – würde genau wie die Reichskanzler vor ihm schnell abwirtschaften. »Wir vergeben uns ja etwas, würden wir uns mit den Nazis befassen, das ist doch eine Seifenblase, die bald platzt« formulierte noch 1932 der Gießener Gewerkschafter Albin Mann. Gewerkschaften aller Richtungen setzten auf eine Politik des Stillhaltens. Ein offener Aufruf zum Widerstand oder gar ein Generalstreik, wie die KPD ihn forderte, würde zum Bürgerkrieg führen, fürchtete man. Klarsichtige Warnungen wie die der „Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten“ in einem Aufruf zur bevorstehenden Reichstagswahl: „In dem großen Ringen, das jetzt angehoben hat, kämpfen wir gegen die faschistisch-kapitalistische Versklavung des deutschen Proletariats. Keiner darf zurückbleiben!“ setzten sich nicht durch. Proteste gegen die gewaltsamen Übergriffe der Nationalsozialisten waren zumeist verbunden mit Erklärungen zur

Einordnungsbereitschaft in den »Neuen Staat«.

Als Hitler den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag unter Lohnfortzahlung erklärte, rief der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) seine Mitglieder zur Teilnahme an den gemeinsamen Umzügen auf. Den Nazis diente dieses Spektakel der Propaganda, um die angebliche Einheit von Nationalsozialisten und Arbeiterklasse zu demonstrieren. Als die

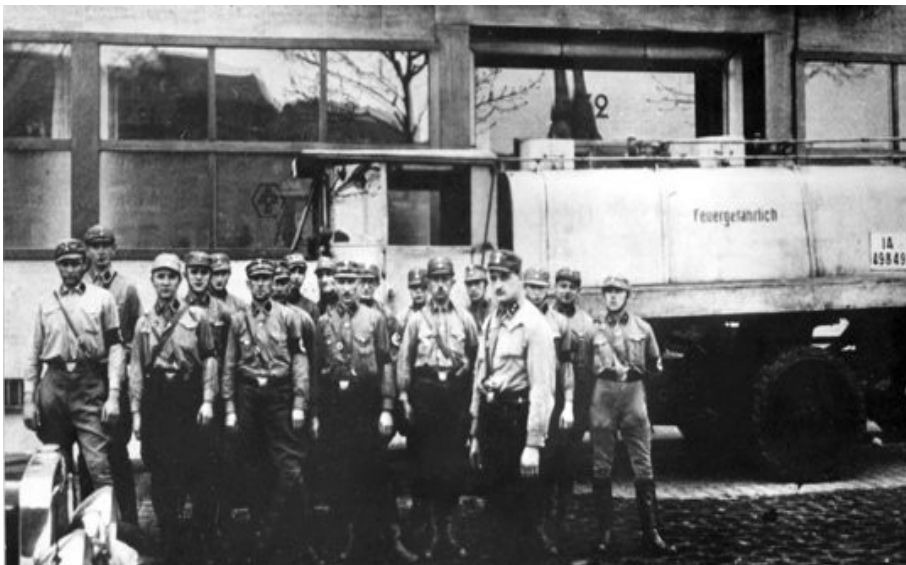


Bundesarchiv, Bild 102-15783
Foto: o. Ang. / 1. Mai 1933

Adolf Hitler beim „Tag der deutschen Arbeit“ am 1. Mai 1933

Braunhemden am 2. Mai die Gewerkschaftshäuser besetzten, blieb der Befehl an die Polizei, diese zu verteidigen, allerdings aus.

Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung war in Wirklichkeit Kern des deutschen Faschismus. Die konservativen Kräfte und Arbeitgeber, die Hitler an die Macht



SA-Truppen besetzen eine Arbeiter-Bank. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften von den Nazis zerschlagen. (Foto: dpa Picture-Alliance / Ullstein)

verhelfen, hatten kein Interesse an einer gut organisierten Arbeiterbewegung, die selbstbewusst für ihre Rechte kämpfte. Viele Großindustrielle unterstützten die Nazis, weil sie erwarteten, dass sich diese gegen ihre alten Gegner SPD, KPD und Gewerkschaften einsetzen würden. Führende Wirtschaftsgrößen hatten daher ja bereits 1932 Hindenburg ersucht, „die verantwortliche Leitung eines Präsidialkabinetts“ an Hitler zu übertragen und der NSDAP erhebliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Die Werksleitung der Buderus'schen Eisenwerke bejubelte denn auch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit folgenden Worten: »Die große Wende. Der Reichspräsident hat Adolf Hitler mit dem Kanzleramt betraut. Wenn man die hinter uns liegende Übergangszeit betrachtet, die wie ein Alpdruck auf

dem deutschen Volk gelastet hat, die besonders der eben erst zart aufkeimenden Wirtschaftsbelebung schon schwer geschadet hat, so muss eigentlich jeder gutmeinende verfassungstreue Deutsche aufatmen, dass es so gekommen ist«.

Die Nazis gingen erbarmungslos gegen jede Art von Opposition vor. Bereits nach den Reichstagswahlen hatte der Terror gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einen ersten Höhepunkt erreicht. Allein am 13. März erreichten den ADGB-Vorstand aus über 20 Orten Meldungen von Überfällen und Besetzungen von Gewerkschaftshäusern. Bei diesen Übergriffen werden mehrere Gewerkschaftsfunktionäre ermordet oder in den Tod getrieben, wie Otto Geiselhart vom Zentralverband der Angestellten (ZdA), der in der Haft Selbstmord begeht.

Paul Szymkowiak, der bis 1933 Bergbau-Gewerkschaftssekretär in Gießen und Herborn war, wurde auf der Fahrt zur Vernehmung von SA-Leuten mit Stahlruten und

Gummiknüppeln schwer misshandelt und an einem Baum aufgehängt.

In einem ersten Schritt zur Liquidierung der Freien Gewerkschaften hatte die Reichsregierung zuvor am 4. April das „Gesetz über Betriebsvertretung und wirtschaftliche Vereinigungen“ erlassen. Mit diesem Gesetz wurden noch anstehende Betriebsratswahlen ausgesetzt, da die freien Gewerkschaften bei den Betriebswahlen im März noch knapp drei Viertel der Stimmen erreichten – und damit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) - eine betriebsbezogene Organisationsform der NSDAP- ein Fiasko bereiteten. Zudem wurden demokratisch gewählte Betriebsratsmitglieder, die die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler wahrnehmen wollten, massenweise von den Behörden amtsenthoben. Statt ihrer wurden willfährige NSBO-Funktionäre eingesetzt. Mit diesem Gesetz wurde bereits die Betriebsdemokratie abgeschafft.

Die NSBO und das am 29. März zwecks Zerschlagung der freien Gewerkschaften gegründete „Aktionskomitee zum Schutze der Deutschen Arbeit“ schufen am 10.5. die faschistische Einheitsorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF) unter dem Hitler-treuen Robert Ley. Am 12. Mai wurde das Vermögen der freien Gewerkschaften aufgrund der Behauptung der NSBO, einen ungeheuren Korruptionssumpf aufgedeckt zu haben, beschlagnahmt und deren Enteignung beschlossen. Drei Monate nach der Machtübertragung an die Faschisten um Hitler hatten diese auf dem Weg zu ihrer menschenverachtenden Diktatur eine weitere demokratische Instanz ausgeschaltet. Am 19. Mai wurde das „Gesetz über die Reichstreuhand der Arbeit“ erlassen, mit dem die Tarifautonomie beseitigt wurde. Ab jetzt bestimmten Staatsbeamte und Betriebsleitung die Arbeitsbedingungen. Mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934 wurden die



letzten Reste von Mitbestimmung und freigewerkschaftlicher Organisation beseitigt. Die innerbetriebliche Struktur wurde unter dem Schlagwort der „Betriebsgemeinschaft“ dem Führerprinzip unterworfen. Betriebsleiter und Unternehmer galten nun als „Betriebsführer“. Sie entschieden in allen betrieblichen Angelegenheiten und die nun als „Gefolgschaft“ bezeichneten Beschäftigten hatten diese zu akzeptieren. Der zu wählende Vertrauensrat hatte keinerlei Rechte und wurde zum Organ der nationalsozialistischen Propaganda. Die Höhe der Löhne setzten die von der Arbeitsfront ernannten sogenannten Treuhänder der Arbeit fest. In der Praxis richteten sie sich dabei nach den Wünschen der Arbeitgeber. Hitler selbst erklärte später, dass „nicht die Erhöhung der Stundenlöhne, sondern Einkommenssteigerungen allein durch Leistung von jeher eherner Grundsatz der nationalsozialistischen Führung“ gewesen sei.

Dass sich die Arbeitsbedingungen der Arbeiter gravierend verschlechterten, erlebte auch Ernst Grölz, der damals bei Buderus in Lollar arbeitete: »Vor 1933 arbeiteten wir in der Regel acht Stunden am Tag, während der Nazizeit wurde die Arbeitszeit auf neun bis zehn Stunden ausgedehnt.«

Der amerikanische Historiker W. L. Shirer schrieb denn auch in „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“: <<Eine nüchterne Untersuchung der amtlichen Statistiken enthüllt, dass die in der nationalsozialistischen Propaganda vielgeschmähten Kapitalisten, und nicht die Arbeiter, von der Politik Hitlers am meisten profitierten.>>

Ach ja, und Goebbels hat wohl Recht behalten:

Nach einem Jahr war ganz Deutschland in der Hand der Nazis - und dem Untergang geweiht!

Das Ende der freien Gewerkschaften in Herborn

»Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.« So treffend beschrieb es der Herborner Schlosser Hermann Schmidt im Februar 1933. Die Herborner Eiserne Front leistete keinen Widerstand, wenngleich sie dazu bereit gewesen wäre. Nur der Befehl zur Gegenwehr »von oben« blieb aus.

Anlässe gab es jedoch genug: Im März 1933 wurde der Garten des Gewerkschaftssekretärs Heinrich Becker auf Waffen durchsucht – gefunden wurde natürlich nichts. Die Denunziationen endeten mehr oder weniger in der »symbolischen Besetzung« des Gewerkschaftshauses am 07. April. Die gehisste Hakenkreuzfahne am Gebäude sollte die Inbesitznahme durch die Nazis kennzeichnen. Eine Durchsuchung wurde ebenfalls initiiert. Wenige Tage später berichtete das Herborner Tageblatt, dass dem NSBO die Geschäfte und Rechte des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) und des Deutschen Bergarbeiterverbandes unterstellt wurden. Namhafte Gewerkschaftssekretäre wie Herrmann Schaub vom DMV, Paul Szymkowiak u.w. wurden ins Gefängnis nach Wetzlar überstellt und zum Teil schwer misshandelt. Anderen gelang gerade noch die Flucht vor den Behörden.

Zerschlagung der Gewerkschaften in Wetzlar

Auch in Wetzlar war die Gleichschaltung der Gewerkschaften von langer Hand geplant. Selbst ein Demonstrationzug der Eisernen Front mit ca. 4.000 Teilnehmern in der Wetzlarer Innenstadt im Juli 1932 konnte daran nichts ändern.

Im Einwohnerbuch Wetzlars, das im Juni 1933 erschien, wurde der ADGB mit keinem Wort mehr erwähnt, was die Jahre zuvor stets der Fall war. Untermauert wird damit die lange und penible administrative Planung der Gewerkschaftsbekämpfung. Das Gewerkschaftshaus der Metallarbeiterverbandes (DMV) samt dem ADGB-Büro in der Überführung 1-3 (heute: Niedergirmeser Weg) musste während der Reichstagswahlen am 5. März bewacht werden. Die Angst vor Übergriffen durch SS und SA war zu groß. Trotzdem kam es nach der Wahl zu Plünderungen und Sachbeschädigungen des Hauses. Am 2. Mai okkupierten schließlich die zuständigen NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleiter die Gewerkschaftshäuser im Deutschen Reich – so auch in Wetzlar. Fortan richtete die der NSDAP unterstellte DAF ihr Büro im Gewerkschaftshaus Wetzlar ein.



Wetzlarer Gewerkschaftshaus des DMV an der Überführung

Die Besetzung des Gießener Gewerkschaftshauses

In Gießen führte das NS-Regime am 13. März 1933 eine öffentliche Diffamierungskampagne durch. Ca. 40 Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden wurden verhaftet und gedemütigt, indem sie wie Vieh durch die Stadt getrieben wurden (Foto unten). Sie wurden dazu genötigt, Wahlplakate und –parolen der SPD und KPD von den Reichstagswahlen am 5. März zu entfernen. Das Gewerkschaftshaus in der Schanzenstraße wurde ebenfalls am 2. Mai von der SA widerstandslos eingenommen, nachdem es über Wochen von der Eisernen Front bewacht wurde. Der 2. Mai 1933 bedeutete damit nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern auch für das kulturelle Vereinsleben Gießens, das sich damals im hiesigen Gewerkschaftshaus organisierte, den Untergang.

Bild: Femeaktion der Nazis gegen Regime-Widerständler in Gießen

"... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir" – unter diesem Zitat von Robert Ley, Judenhasser und Chef der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront, steht eine Ausstellung, die von SPD und DGB gemeinsam im Foyer des neuen Wetzlarer Rathauses gezeigt wird.



Die Ausstellung, die von der Hans-Böckler-Stiftung entwickelt wurde, zeigt auf zahlreichen Schautafeln, wie die Zerschlagung der Gewerkschaften vorbereitet und umgesetzt wurde.

Die Ausstellung ist vom Di., den 4. Juni 2013, bis Fr., den 14. Juni 2013, im Foyer des neuen Rathauses Ernst-Leitz-Straße 30, D 35578 Wetzlar zu sehen.

Öffnungszeiten an Werktagen (zu den Rathausöffnungszeiten):

Mo. und Di.: 7.³⁰ Uhr – 18.⁰⁰ Uhr

Mi.: 7.³⁰ Uhr – 17.⁰⁰ Uhr

Do. und Fr.: 7.³⁰ Uhr – 18.⁰⁰ Uhr

Fr., den 14.6.: 7.³⁰ Uhr – 16.⁰⁰ Uhr

Für Besichtigungen am Wochenende und für Gruppenführungen nimmt der DGB-Kreisverband Lahn-Dill, c/o Ernst Richter, Helgebachstraße 32, Anmeldungen entgegen

Tel.: 06441 - 92 18 40

Mail: ernst.richter@t-online.de